

Die richtigen Worte im Umgang mit Genitalverstümmelung finden

Von Pia Klinkhammer

25. Juni 2019, 09:33

News und Pressemitteilungen

Top-News für Startseite mit Bild



Projekt der Schwangerschaftsberatung esperanza schult Beraterinnen und Berater. 50.000 Frauen in Deutschland betroffen

Köln. Wie kann Frauen und Mädchen, die durch Genitalverstümmelung beeinträchtigt oder von ihr bedroht sind, geholfen werden? Damit beschäftigt sich ein Modellprojekt der Schwangerschaftsberatung esperanza im Erzbistum Köln. Ziel ist es, Beraterinnen und Berater für dieses Thema zu sensibilisieren und ein Beratungsangebot zu schaffen, das möglichst viele Betroffene erreicht.

„Das Thema Genitalverstümmelung scheint fremd und ist mit Tabus belegt. Hier sprechfähig zu werden, ist ein wichtiges Ziel“, so Dr. Frank Joh. Hensel, Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln. Das Projekt startet in einer Beratungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) in Köln und ist zunächst auf ein Jahr angelegt.

Mehr als die Hälfte aller Frauen, die sich von *esperanza* beraten lassen (2017: insgesamt 9.337), haben einen Migrationshintergrund, viele von ihnen kamen als Geflüchtete nach Deutschland. Die Genitalverstümmelung sei immer häufiger Gesprächsthema, ohne dass die Frauen es allerdings selbst ansprechen würden, so Birgit Wetter-Kürten, Projekt-verantwortliche in der *esperanza*-Beratung des SkF Köln.

Laut UNICEF ist die Verstümmelung weiblicher Genitalien in mehr als 30 Ländern – vor allem in Afrika und im Nahen Osten – verbreitete Praxis. In Deutschland wird die Zahl der betroffenen Frauen auf knapp 50.000 geschätzt. „Die Folgen der Genitalverstümmelung haben Einfluss auf viele Lebensbereiche: auf die Gesundheit, eine mögliche Schwangerschaft, sogar ein laufendes Asylverfahren. Viele Frauen, die zu uns kommen, sind traumatisiert“, so Wetter-Kürten. Sie möchte ein Bewusstsein für das Thema schaffen. „Ziel ist es, dass möglichst viele Anlaufstellen das Thema im Blick haben“, so Diözesan-Caritasdirektor Hensel.

Das können neben den klassischen Beratungsstellen etwa Gesundheits- und Jugendämter sein, Hebammen oder auch Einrichtungen für Geflüchtete. Außerdem soll das Projekt verschiedene Beratungsangebote miteinander vernetzen. Hensel: „Beratende, die mit dem Thema in Berührung kommen, sollen sicher darin sein, wohin sie die betroffenen Frauen weitervermitteln können.“ Finanziert wird das Modellprojekt von der Aktion Neue Nachbarn im Erzbistum Köln. (</sites/aktion-neue-nachbarn/>)